

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Hauptschriftstelle: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1968.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden undächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Belegungen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig, Einzelnummer 10 Goldpfennig, Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 25 201, Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr, Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261, Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis, Grundpreis: die 28 mm breite Komparillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Stellungszeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt, für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 20

Dresden, Sonnabend den 24. Januar 1925

36. Jahrg.

Junker und Bolschewisten in Preußen

Rücktritt der republikanischen Koalitionsregierung Braun — Die Parteien der Junker und Kapitalisten Arm in Arm mit den Kommunisten — Vor dem Chaos

Das preußische Ministerium Braun ist zurückgetreten. Die republikanische Regierung, die bis jetzt an der Spitze des größten deutschen Bundesstaates stand, hat damit aufgehört zu existieren. Was an ihre Stelle tritt, weiß heute noch kein Mensch, aber die Gefahr eines Rechtskurzes — ähnlich wie im Reich — rückt nun auch für Preußen in greifbare Nähe. Rein verfassungsrechtlich wäre der Rücktritt des Ministeriums Braun nicht notwendig gewesen. Der vereinten Gegnerschaft von Deutschnationalen, Völkischen, Volkspartei und Kommunisten war es in fünf nennlichen Abstimmungen nicht gelungen, die nach Artikel 57 Abs. 5 der preußischen Verfassung zum Sturz einer Regierung notwendige Stimmengahl, nämlich die Hälfte der Gesamtzahl aller Abgeordneten, aufzubringen. Der gegen das Gesamtkabinett gerichtete kommunistische Misstrauensantrag war sogar mit Stimmengleichheit — 21 gegen 21 — abgelehnt worden. Bei den folgenden Einzelmisstrauensanträgen der Rechten, die sich allein gegen die sozialdemokratischen Minister richteten, beschloßerte sich dieses Verhältnis zugunsten der Regierung allerdings insofern, als drei Zentrum Abgeordnete sich der Stimme enthielten. Die Anträge wurden mit durchschnittlich 220 gegen 217 Stimmen angenommen. Aber da nach der Verfassung ein Misstrauensvotum der Zustimmung von 226 Abgeordneten (der Hälfte aller) bedurft hätte, war auch dieses Abstimmungsergebnis verfassungsrechtlich unwirksam.

Im Landtag ist die Frage, ob trotzdem das Ministerium zurücktreten sollte, heftig diskutiert worden. Dieser Streit ist durch den erfolglosen Rücktritt gegenstandslos geworden. Das Ministerium, das nach dem Austritt der Volkspartei noch aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum bestand, ist ein Stück der Ansicht gewesen, daß bei diesem Stimmverhältnis die Möglichkeit einer erweiterten Weiterarbeit doch nicht gegeben sei, und aus dieser Auffassung ist die Konsequenz gezogen worden.

Die Reaktion wird auf Grund dieses Ergebnisses ihrer Seite zweifellos ein ungeheures Jubelgeschrei erheben — von ihrem Standpunkt aus völlig mit Recht! Was sie in jahrelangem Kampf vergeblich erstrebt hat, die Beseitigung des republikanischen Ministeriums Braun, des sozialdemokratischen Ministers Gebering, das ist ihr am 23. Januar gelungen. Gelungen allerdings nicht aus eigener Kraft, sondern gelungen durch einen Verrat an der Republik, wie ihn die Weltgeschichte schmählicher noch nicht gesehen hat, gelungen durch die verrante und verrückte Bundesgenossenschaft und Hilfe der kommunistischen Partei.

Die kommunistische Partei hat am 23. Januar die Republik Preußen an die Reaktion, an die preußischen Junker ausgeliefert. Das ist das schmachvolle Fazit des gestrigen Tages. Sie haben dieses traurige Werk vollbracht, nicht etwa in Verlegenheit und Scham, sondern mit geradezu begeistertem Dienstbewußtsein, von einem wahrhaft inbrünstigen Drang befehen, die Reaktion in Preußen wieder aus Ruder zu bringen. Dafür ist schon folgendes charakteristisch: Während im Reichstag tags zuvor bei der Abstimmung über das Kabinett Luther fast ein Viertel der kommunistischen Reichstagsfraktion (zehn Mann) der Sitzung fernblieben, war die kommunistische Landtagsfraktion bis auf zwei oder drei schwerkranke Abgeordnete auf telegraphischen Befehl der Zentrale vollständig angetreten, um gemeinsam mit der Rechten das Kabinett Braun zu stürzen. In dem Sturz des reaktionären Kabinetts Luther zeigte die KPD „also nur ein ganz laisches Interesse, dagegen war sie voller Feuererifer, als es golt, einen sozialistischen Ministerpräsidenten zu erledigen.

Aus den Reden der Kommunisten klang es entsprechend. Herr Vied, der Sprecher der KPD, wiederholte mit unendlichem Behagen den Satz, daß es den Kommunisten ganz gleichgültig sei, ob sich Sozialisten oder Deutschnationale in der Regierung befänden. Das sei alles das gleiche! — Wir sind gespannt, ob die Kommunisten noch ebenso reden werden, wenn sie die Rute zu spüren bekommen, die sie sich am Freitag selbst gebunden haben. Während der Sitzung konnte man die kommunistischen Abgeordneten jedenfalls immer wieder grinsend davon reden hören, daß es nun mit den sozialistischen Oberpräsidenten, Landräten usw. aus sei, die könnten jetzt noch dem Arbeitsnachweis gehen. Diese törichte Schadenfreude kleiner Geister war offenbar das treibende und bestimmende Moment in der kommunistischen Politik.

Aber die Kommunisten taten noch mehr: als bei der Abstimmung über den Ministerpräsidenten Braun sich der Mehrheit von drei Stimmen gegen diesen ergab, veranstalteten die Kommunisten eine offenbar von langer Hand vorbereitete häßliche Demonstration gegen Braun. Herr Gebering legte einen „Trauerkranz“ auf den Stuhl des Ministerpräsidenten nieder — und die Deutschnationalen bögen und wälzten sich vor Jubel über diese Hanswurstaube. Sie hatten allen Grund, mit ihren Bundesbrüdern zufrieden zu sein. Der Kranz freilich lag am falschen Ort: Wenn der deutschnationale Parteivorsitzende Winkler ihn aufgehoben und Herrn Vied auf's Haupt gedrückt hätte, so wäre das der passende Ausdruck der Situation gewesen.

Aber bei allem hat diese Abstimmung auch ein Gutes gehabt: sie zeigte dem Volke ein klares Bild der Kräfte, die vereint am Grabe der Republik schaukeln. Gegen das Kabinett Braun hatte sich alles vereint, was an reaktionären, schwarzweißen Parteien flucht und kreucht: Deutschnationale, Deutschnationale, Volksparteiler, Bir...-parteilicher, Welfen. Aber niemals wäre dieser reaktionäre Block, der im Landtag über 182 Stimmen verfügt, insofern gewesen, gegen die 221 Stimmen des Kabinetts Braun (Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum) eine Mehrheit aufzubringen, wenn sich nicht die 44 Kommunisten auf die Seite der Reaktion geschlagen hätten. Eine einfache Überlegung: existierten diese 44 Kommunisten nicht, so hätte das republikanische Ministerium unangefochten mit verhältnismäßiger Mehrheit weiterregieren können. Die 44 Kommunisten haben der Reaktion zum Erfolge verholfen, sie haben sich damit deutlich als Helfer, sondern als die ärgsten Feinde der Republik erwiesen. Der vor den Wahlen geprägte Satz: „Wer kommunistisch wählt, wählt in Wirklichkeit deutschnational“ hat am Freitag seine volle Bestätigung gefunden.

Was wird nun werden? Nach der preußischen Verfassung muß der neue Ministerpräsident vom Landtag gewählt werden. Wenn die bisherigen Regierungsparteien zusammenhalten, können sie Braun von neuem durchbringen. Denn ein Ministerpräsident der Weimarer Koalition wird auf jeden Fall 40 Stimmen mehr erhalten als ein Kandidat des Rechtsblocks, und dieser mühte dann schon, um in der Stichwahl gewählt zu werden, direkt von den Kommunisten mitgewählt werden. Mit Beifriede können also die bisherigen Weimarer Koalitionsparteien Serran der Situation bleiben. Dazu ist freilich Voraussetzung, daß sie alle geschlossen sind, zum Schutze der Republik bis zum äußersten zusammenzustehen. Nun sie das nicht, dann ist Preußen der Reaktion verfallen.

Was das bedeutet, darüber braucht man wohl kein Wort zu verlieren. In jedem Fall muß sich die Partei auf die allerschwersten Kämpfe gefaßt machen. Wir fürchten eine Reaktionsperiode nicht. Sie wird unzähligen Wählern und Wählerinnen die Augen öffnen über das, was sie an einer republikanischen Regierung gehabt haben. Sie wird aber auch dem Volke die Augen öffnen über die ungeheure Verräterei der Kommunisten, die es als ihren Sieg bejubeln, wenn sie das von der preußischen Junkerherrschaft befreite Preußen wieder unter das alte Joch bringen helfen.

Der Weltstanz im Landtage

Kommunistische Steigbügelhalter der Reaktion

Aus dem Preußischen Landtag wird uns geschrieben: Was es noch nicht genügt hat, daß die Kommunisten die Schrittmacher der Reaktion sind, daß sie mit einer geradezu lasziven Besessenheit und Emsigkeit am Werke sind, so noch wie möglich den Freistat Preußen den Junkern zu überliefern, dem müssen die Vorgänge bei dem großen Abstimmungssturm, der am Freitag im Berliner Landtag ausgetragen wurde, die Augen öffnen. Es war ein geradezu ekelregender Anblick, wie die Kommunisten bei jeder,

Minister Hermann freigesprochen

Weimar, 24. Januar. (Sig. Rundfunk.) Nach fünfjähriger Beratung sollte das Gericht in der 9. Abendstunde folgendes Urteil: Der Minister Hermann und die Direktoren Giesemann, Eisenach, Fabian, Roda, und Reunert, Weimern, werden freigesprochen. Der Regierungsdirektor Runge wird wegen Nebenbündelung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Mit diesem Freispruch des früheren Thüringer Innenministers Genossen Hermann ist ein ungeheuerliches Unrecht gutgemacht, das die Justiz an ihm verbrocht. Denn Hermann war in erster Instanz zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden wegen — „Betrugs“. Den „Betrug“ erblickte das Gericht darin, daß Hermann bei Beamtenanstellungen die Anstellung vordatiert habe, wie das beim Reich, in den Ländern und Gemeinden überall und immer geschieht. In Thüringen wollte man nur den Sozialdemokraten beiseitigen, deshalb diese Bege und diese ungläubliche Annahme der Justiz. Denn für diese ministerielle Tätigkeit ist zu eventueller Kritik allein der Landtag berufen, da sie lediglich politisch war, nicht strafrechtlich. Denn Hermann hat von Anstellungsregelungen keinerlei Vorteil. Das hatte auch die Anklage gar nicht zu behaupten gewagt. Man wollte nur den Sozialdemokraten treffen, ihm „Tauschung des Volkes“ vorwerfen, und fand als Handhabe dazu nur den „Betrugsparagrafen“. Das ist deutsche Justiz! Aber der Tollheit der ersten Instanz konnte die höhere Instanz nicht folgen. Denn sonst müßte jeder Reichskanzler, jeder Minister, jeder Gemeindevorsteher wegen „Betrugs“ der Vor-

aber auch bei jeder Gelegenheit versuchten, den Herrschaften auf der Rechten aus der Patsche zu helfen, wenn diese sich irgendwie bei ihren Mandatären in Verlegenheit befanden. Sie verteilten geradezu ihren eigenen Misstrauensantrag, nur um es der Rechten zu ermöglichen, für den kommunistischen Misstrauensantrag zu stimmen. Die Kommunisten hatten ihren Antrag ausführlich begründet. Diese Begründung, die die große Koalition in Verwirrung und Wogen verdammt, konnte die Deutsche Volkspartei, die bis vor drei Wochen der Koalition angehört, nicht annehmen; daher verlangte sie getrennte Abstimmung über Tenor und Begründung des kommunistischen Misstrauensantrages. Unsere Genossen widersprachen. Der Präsident stellte schließlich fest, daß im Zweifelsfall der Antragsteller selbst darüber entscheiden muß, wie sein Antrag behandelt werden soll. (Siehe das Herr Vied, der Führer der Kommunisten, eilt spornstreichs auf die Tribüne, um den Junkern zu helfen und zu erklären, es sei den Kommunisten ganz gleichgültig, aus welchen Motiven die Reaktionspartei für den kommunistischen Antrag stimmten. Ein Freudensturm auf den Tribünen der Rechten! Sofort erklärten ihre Wortführer: „Ganz unsere Meinung!“ Die

Einheitsfront von Vied über Campe bis Wulle stand fertig da — und diese Einheitsfront blieb bei allen Abstimmungen vereint, einzig in dem Haß gegen die demokratisch-republikanische Regierung in Preußen.

Bei der Abstimmung über den kommunistischen Misstrauensantrag brachte es die kommunistisch-deutschnationale Einheitsfront gegenüber den Koalitionsparteien nur auf 21 Stimmen. Es war Stimmengleichheit und damit war der kommunistische Antrag durchgefallen. Es folgte nun der deutschnationale Misstrauensantrag, der gegen die drei Sozialdemokraten im Kabinett. Der Antragsteller forderte getrennte Abstimmung über die drei Minister, und dem Ministerpräsidenten obermals getrennte Abstimmung über seine Eigenschaft als Kultus- und Finanzminister. (Braun hatte beim Ausschreiben der Volksparteiler formell für einige Wochen diese Ministerien mit übernommen.) Die Abstimmung, dem Kultusminister Braun das Vertrauen zu entziehen, brachte 220 Ja- und 217 Nein-Stimmen. Die deutschnational-kommunistische Einheitsfront konnte sich gar nicht helfen vor Entziden, daß sie ein paar Stimmen mehr aufgebracht hätte als die Koalitionsparteien. Die Herrschaften gerieten aber sofort in Wut und Hysterie.

als der Präsident mitteilte, daß der Misstrauensantrag nicht die verfassungsmäßige Mehrheit erhalten habe. Diese unfaule mindestens 226 Mitglieder des Hauses. Normalerweise gab es eine endlos lange Geschäftsordnungsdebatte. Die Rechten erklärten immer wieder, es genüge die einfache Majorität. Der Präsident blieb jedoch bei seiner Auffassung. Die Abstimmung über das Misstrauensvotum gegen die drei Sozialdemokraten in der Regierung Braun, Gebering und Stering, brachte das gleiche Ergebnis. Mit Ja stimmten 221, mit Nein 215.

Auch dieser vermeintliche Sieg wurde von der Rechten und den Kommunisten mit einem wahren Freudensturm begrüßt.

Nun kam eine heuchlerische Komödie, wie sie wahrnehmbarer noch in keinem Parlament aufgeführt wurde. Die Völkischen hatten nämlich einen — Vertrauensantrag für Braun gestellt, damit bei Stimmengleichheit der Antrag als abgelehnt gelte. Bei der Abstimmung über diesen Vertrauensantrag der Nationalsozialisten und Deutschnationalen erklärte Genosse Gebering, daß dieser Antrag, den die Antragsteller selber ablehnten, nichts als eine Unschicklichkeit sei. Die Deutsche Volkspartei habe vor einem Jahr im Reichstag das

datierungen bei Anstellungen bestraft werden. Also mußte man Hermann und die andern Sozialdemokraten freisprechen. Aber der Zweck der Bege, den sozialdemokratischen Minister monatelang verhaftet und in den Schmutz gezogen zu haben, ist erfüllt worden. Hermann ist als Minister beiseitigt. Die Justiz aber schuf sich ihr eigenes Schandmal!

Die Pariser Handelsvertragsbesprechungen

P. Paris, 23. Januar. (Sig. Draht.) Die deutsche Handelsvertragsdelegation hat am Freitag dem französischen Handelsministerium eine Note überreicht, die eine Reihe von Rückfragen in bezug auf die letzten von der französischen Delegation überreichten Vorschläge stellt. Die Darstellungen der französischen Abendländer, daß es sich bereits um eine endgültige Stellungnahme Deutschlands zu diesen französischen Vorschlägen handelt, entspricht nicht den Tatsachen, und demgemäß muß auch die daraus gekluppelte Mitteilung, daß die deutsche Antwort die Fortsetzung der Erörterungen auf der Grundlage des letzten französischen Entwurfs ermöglicht, als perprüßt bezeichnet werden.

Rücktritt des erkrankten Branting

Stockholm, 23. Januar. (Sig. Draht.) Genosse Branting, der schwedische Ministerpräsident, hat sich entschlossen, mit Rücksicht auf seinen schwer angegriffenen Gesundheitszustand seinen Rücktritt einzureichen. Branting schwand wiederholt in Lebensgefahr und dürfte sich erst nach längerer Kur und Ruhe langsam erholen.

Werbung und Anzeigen am linken Rand des Blattes.